

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Freitag, 15. Juni 2018, 9:00 Uhr

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck

Die Anfechtungen der Demokratie als Herausforderung für die Christen

Sozialethische Gespräche der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle,
„Populismus und Renationalisierung – Bewährungsprobe für Europa und seine Demokratie“,
14.-15. Juni 2018, Mönchengladbach

Sehr geehrte Damen und Herren,

I.

1989, im Jahr des Falls der Berliner Mauer und des Zusammenbruchs der kommunistischen Diktaturen in Osteuropa veröffentlichte der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama in der Zeitschrift *The National Interest* einen Artikel mit dem Titel *The End of History – Das Ende der Geschichte*. Mit Anleihen an die Hegel'sche Geschichtsphilosophie vertrat Fukuyama hier die These, dass nach dem Untergang des Sowjetkommunismus der Kampf der politischen Weltanschauungen und Systeme, der die gesamte neuere Geschichte und vor allem das 20. Jahrhundert beherrscht hatte, an sein Ende gekommen sei. Der Liberalismus habe sich ein für allemal durchgesetzt, er habe alle Gegner aus dem Feld geschlagen und stehe als Sieger der Geschichte auf dem Platz. Von nun an würden sich die liberale, rechtsstaatliche Demokratie und die freie Marktwirtschaft gleichsam von selbst überall auf der Welt durchsetzen. Mit dieser These traf Fukuyama die verbreitete Stimmung der damaligen Zeit. Seine Thesen fanden so viel Aufmerksamkeit und Resonanz, dass er aus dem Aufsatz ein Buch machte, das zum Weltbestseller avancierte und seinen Autor reich und berühmt machte.

Heute müssen wir feststellen, dass die Euphorie und der Optimismus von 1989 und den frühen 1990'er Jahren, für die Fukuyamas These steht, sich als Irrtum erwiesen haben. Die liberale, rechtsstaatliche Demokratie gerät in die Defensive, weltweit und auch in Europa, selbst in Mitgliedsländern der Europäischen Union. Wir könnten es mit den Worten eines zweiten amerikanischen Politikwissenschaftlers, Robert Kagan, ausdrücken, der schon vor zehn Jahren in Anlehnung an bzw. in Absetzung von Fukuyama ein Buch veröffentlicht hat mit dem

Titel: *The Return of History and the End of Dreams*. Ist es nicht das, was wir derzeit erleben?
Die Rückkehr der Geschichte und das Ende der Träume, die wir 1989/90 geträumt haben?

II.

Nun bin ich heute nicht zu Ihnen gekommen, um Alarmismus zu verbreiten. In der öffentlichen Debatte wird immer wieder sogar von „Weimarer Verhältnissen“ gesprochen, in die wir angeblich zurückfallen. Dieses Narrativ ist inzwischen so stark verbreitet, dass sich im letzten Jahr das renommierte Institut für Zeitgeschichte veranlasst sah, sich des Themas anzunehmen und für Aufklärung zu sorgen. Um eine breite öffentliche Wahrnehmung zu erreichen, hat das IfZ in Kooperation mit dem Bayerischen Rundfunk und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ausgewiesene Historiker und Politikwissenschaftler dazu eingeladen, in eher essayistischer Form die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Weimarer und der heutigen Zeit miteinander zu vergleichen. Die im Zuge dessen entstandenen Beiträge von Herfried Münkler, Horst Möller, Andreas Wirsching und anderen sind inzwischen auch in einem sehr lesenswerten Reclam-Band veröffentlicht. Die Autoren machen klar: Nein, wir sind weit entfernt von Weimarer Verhältnissen – Gott sei Dank. Aber sie betonen auch: Weimar mahnt uns zur Wachsamkeit. Denn gerade das Schicksal der ersten deutschen Republik zeigt: Die liberale, rechtsstaatliche Demokratie ist eben keine Selbstverständlichkeit, sie ist kein autopoietisches, sich selbst erschaffendes und erhaltendes System, wie Fukuyama meinte.

Drei Lehren aus Weimar sind meines Erachtens besonders bedeutsam, gerade auch wenn wir nicht allein auf Deutschland, sondern in diesen Tagen auf Europa insgesamt schauen.

Erstens: Die Institutionen der Demokratie können von skrupellosen Kräften selbst als Vehikel benutzt werden, um Freiheit und Rechtsstaatlichkeit anzugreifen. Und der angebliche demokratische Volkswille dient immer wieder zur Rechtfertigung autoritärer Herrschaft. Das ist heute etwa so im Russland Wladimir Putins genauso wie in der Türkei Recep Tayyip Erdogans.

Zwar möchte ich das nicht mit der Situation in Russland oder der Türkei gleichsetzen – Ich tue das ausdrücklich nicht! –, aber auch in Polen und Ungarn wird der Rückbau rechtsstaatlicher und freiheitlicher Standards damit begründet, dass die Regierungen demokratisch legitimiert seien, so zu handeln. Das aber ist ein pervertiertes Verständnis von Demokratie, inso-

weit es allein der Rechtfertigung von Machtausübung dienen soll. Der Zweck einer Demokratie, die ihren Namen verdient, liegt hingegen darin, Macht zu beschränken. Papst Johannes Paul II. hat das 1991 in seiner *Enzyklika Centesimus annus* für die katholische Soziallehre mit unmissverständlichen Worten klargestellt: „Die Kirche weiß das System der Demokratie zu schätzen, insoweit es die Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungen sicherstellt und den Regierten die Möglichkeit garantiert, sowohl ihre Regierungen zu wählen und zu kontrollieren als auch dort, wo es sich als notwendig erweist, sie auf friedliche Weise zu ersetzen. Eine wahre Demokratie ist nur in einem Rechtsstaat und auf der Grundlage einer richtigen Auffassung vom Menschen möglich“ (CA 46).

In der Theologie sind wir zwar seit mehr als einem halben Jahrhundert vom Paradigma scholastischer Wissenschaft abgerückt. Aber nach wie vor sind bestimmte Elemente der Scholastik hilfreich. So unterscheidet die scholastische Ethik zwischen höchsten Zielwerten und fundamentalen Gütern. Freiheit und Menschenwürde sind solche höchsten Zielwerte. Die Demokratie hingegen ist ein fundamentales Gut, das der Erreichung dieser Zielwerte zu dienen hat. Das heißt: eine real existierende Demokratie, die sich gegen Freiheit und Menschenwürde richten würde, wäre gar keine Demokratie mehr im Sinne eines öffentlichen Gutes, sie wäre kein bonum mehr, sondern zu einem malum geworden.

Die zweite wichtige Lehre aus Weimar ist: Die Gemeinsamkeit der Demokraten muss immer über partikularen Parteiinteressen stehen. Erinnern wir uns: Die letzte im eigentlichen Sinne demokratische, auf eine parlamentarische Mehrheit gestützte Regierung der Weimarer Republik scheiterte Anfang 1930 am Streit der Großen Koalition darüber, ob der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um einen halben Prozentpunkt erhöht werden sollte oder nicht. Zu Recht war deshalb 1980 in einem bekannten Buchtitel über Weimar einmal von der „Selbstpreisgabe einer Demokratie“¹ die Rede.

Auch von solchen „Weimarer Verhältnissen“ sind wir weit entfernt. Aber dennoch hat es mir zu denken gegeben, wie langwierig sich nach den letzten Wahlen die Regierungsbildung in Deutschland und auch in anderen Ländern, etwa den Niederlanden, gestaltet hat. Demokratien leben davon, dass immer wieder die Fähigkeit zum Kompromiss aufgebracht wird. Wenn nun

¹ Erdmann, Karl D./Schulze, Hagen (Hg.): Weimar – Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute, Düsseldorf 1980.

in den Parteien die Stimmen derer immer stärker werden, die kompromisslos darauf bestehen, dass es keine Abstriche an dem je eigenen politischen Programm geben darf und dass man deshalb lieber in die Opposition als in eine Koalitionsregierung gehen sollte, dann ist das kein gutes Omen für die parlamentarische Demokratie. Und wenn vor dem Hintergrund einer solchen Entwicklung der schwindenden Kompromissbereitschaft von Demokraten stattdessen aus opportunistischen parteitaktischen Erwägungen Koalitionen unter Beteiligung von populistischen, links- oder rechtsradikalen Parteien eingegangen werden, dann ist das eine aus meiner Sicht gefährliche Entwicklung. Auch Franz von Papen und die anderen bürgerlich-konservativen Kräfte, die Hitler am 30. Januar 1933 zur Reichskanzlerschaft verhalfen, erlagen dem fatalen Irrtum, sie könnten ihn und seine NSDAP in einer Koalitionsregierung „einrahmen“, bändigen und entzaubern. Auch an dieser Stelle möchte ich ausdrücklich betonen, dass ich diese Situation von 1933 nicht mit aktuellen Regierungskonstellationen in Europa gleichsetzen möchte. Aber es gibt doch unübersehbar eine Entwicklung, dass der früher breite Konsens unter den Demokraten, nicht mit Parteien der extremen Rechten und der extremen Linken zusammenzuarbeiten, zusehends aufgeweicht wird.

Die dritte Lehre aus Weimar ist: Eine freiheitliche Verfassung ist zwar eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung, um eine Demokratie zu erhalten, sondern es bedarf weiterer gesellschaftlicher Voraussetzungen. Jetzt vermuten Sie wahrscheinlich, dass ich als Bischof damit auf die kulturellen oder gar religiösen Voraussetzungen der Demokratie im Sinne Böckenfördes zu sprechen kommen möchte. Aber das will ich an dieser Stelle noch gar nicht. Es geht mir zunächst viel profaner um die sozio-ökonomischen Bedingungen.

Die Weimarer Reichsverfassung war keine schlechte Verfassung. Natürlich hat sich der berühmte Artikel 48 in der Hand eines betagten und überforderten Reichspräsidenten Hindenburg als verheerend erwiesen. Aber zu den Präsidialregierungen – ich habe gerade daran erinnert – konnte es nur deswegen kommen, weil die demokratischen Parteien sich nicht mehr zu Kompromiss und Zusammenarbeit durchringen wollten. Damit blieben sie zwar ihren Parteiprogrammen treu, aber die Probleme der Menschen blieben unerledigt und die wandten sich dann verstärkt den Populisten der damaligen Epoche zu, den Nationalsozialisten und den Kommunisten. Man könnte auch zugespitzt sagen: Zuerst verloren viele Deutsche in der Hyperinflation Anfang der 1920er Jahre ihr Ersparnis, in der Weltwirtschaftskrise ab Ende 1929 verloren sie ihre Arbeit. Und am Ende verloren sie das Vertrauen in die Demokratie, deren politische Kräfte nicht in der Lage waren, die wirtschaftlich-soziale Katastrophe in den Griff

zu bekommen. Das hatte natürlich auch mit externen Faktoren und Kräften zu tun, etwa der Unnachgiebigkeit, mit der die Siegermächte des Ersten Weltkriegs trotz der schlechten Wirtschaftslage auf Reparationszahlungen des Deutschen Reiches bestanden. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Alliierten diesen Fehler nicht wiederholt, sondern mit dem Marshallplan die Not der Menschen selbst bekämpft und auf diese Weise Starthilfe für die zweite deutsche Demokratie geleistet.

III.

Wir können daraus lernen, dass eine freiheitliche Demokratie eben nicht nur eine gute Verfassung und parlamentarische und rechtsstaatliche Institutionen braucht, sondern es auch stützender Säulen bedarf, die mit dem politischen System im engeren Sinne nichts zu tun haben; und das sind eben vor allem steuer- und sozialstaatliche Institutionen, die garantieren, dass es neben politischer auch eine wirtschaftlich-soziale Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger gibt. In Deutschland hatte die Soziale Marktwirtschaft sicher einen ganz wesentlichen Anteil daran, dass der zweite Versuch, in Deutschland eine parlamentarische Demokratie zu schaffen, erfolgreich gewesen ist.

Ich glaube, dass das kein deutscher Sonderfall ist, sondern das letztlich überall gilt: Die Demokratie, die die politische Gleichheit aller voraussetzt, gerät mit wirtschaftlich-sozialen Ungleichheiten spätestens dann in Spannung, wenn diese als willkürlich und ungerecht empfunden werden. Wann dieser Punkt erreicht ist, mag von Land zu Land verschieden sein. In den USA beispielsweise herrscht seit jeher ein höheres Maß an Individualismus, eine größere Skepsis gegenüber dem Staat, auch dem Wohlfahrtsstaat, und deshalb auch eine größere Toleranz gegenüber sozialer Ungleichheit. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass sich die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten ganz wesentlich daraus erklärt, dass inzwischen in den USA eben auch diese Grenze überschritten ist, an der die sozio-ökonomischen Ungleichheiten als nicht mehr gerecht, sondern als willkürlich und unfair empfunden werden. Wir übersehen in Deutschland und Europa, dass sich Trumps Handelspolitik genau aus diesem Zusammenhang erklärt. Zwar herrscht in den USA, wie gesagt, eine verbreitete Skepsis gegenüber dem Wohlfahrtsstaat, aber das heißt nicht, dass soziale Themen keine Rolle spielen würden; sie werden nur anders diskutiert. Bis in die 1960er Jahre war eine protektionistische Handelspolitik zur Sicherung amerikanischer Arbeitsplätze politischer Konsens in den USA. Das war auch eine Art von Sozialpolitik, aber eben sozusagen über die Bande der Handelspo-

litik gespielt. An diese Tradition knüpft Trump an. Das hat er auch im Wahlkampf versprochen. Dafür ist er von den Arbeitern im *rust-belt* der USA, ehemals Hochburgen der Demokraten, gewählt worden.

Unter anderen Vorzeichen ist dieser Zusammenhang von liberaler Demokratie, Marktwirtschaft und Sozialstaat heute auch in Europa unter Druck geraten und in Frage gestellt. Wenn Sie sich anschauen, welche Länder die größten sozio-ökonomischen Probleme haben, insbesondere die höchste Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit, dann sind das genau jene Länder, in denen die populistischen politischen Parteien von links und rechts den stärksten Zulauf haben: 2017 lag die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland bei 45,5 Prozent, in Spanien bei 39,2 Prozent und in Italien bei 35,4 Prozent. Papst Franziskus hat bereits vor zwei Jahren in seiner Rede zur Verleihung des Karlspreises auf dieses dramatische soziale Problem hingewiesen und vor den drohenden politischen Folgen gewarnt. Die zurückliegenden Wahlen in Italien und die neue Regierung zeigen nun sehr deutlich, was er damit meinte.

Ich fühle mich nicht dazu berufen, politische Ratschläge im Sinne eines Handlungs- oder Regierungsprogramms zu erteilen. Das kann ich und können wir alle sicher viel besser im Gespräch mit dem geschätzten Herrn Abgeordneten Brok diskutieren. Aber meines Erachtens sind doch die Zusammenhänge zwischen den sozio-ökonomischen und den politischen Verwerfungen unübersehbar. Es stellt sich mir sodann doch die Frage, ob das erreichte Maß an wirtschaftlicher und währungspolitischer Integration nicht durch eine nachholende politische und soziale Integration stärker flankiert werden müsste, um die Europäische Union wieder zu stabilisieren.

Das sind drei Punkte, die ich hier wenigsten ansprechen und in die Diskussion mit dem Abgeordneten und Ihnen einbringen will, ohne schon fertige Antworten auf die damit verbundenen Fragen zu haben. Ich spreche hier weder als Politiker noch als Demokratietheoretiker, sondern als Bischof und insbesondere auch als deutscher Mitgliedsbischof der COMECE. Ein besonderes Anliegen ist es mir deshalb, wie es auch der Titel im Programm herausstellt, deutlich zu machen, dass auch die Kirche und alle Christen sich herausgefordert fühlen müssen, wenn es um die Demokratie geht.

IV.

In historischer Perspektive war das positive Verhältnis zwischen Kirche und Demokratie keine Selbstverständlichkeit, vor allem nicht in Europa, wo die Kirche die Französische Revolution und insbesondere die Phase der jakobinischen Terrorherrschaft als traumatisch erlebt hat. Diese Zeit hat mehr als 150 Jahre lang nachgewirkt und dazu geführt, dass es bis ins 20. Jahrhundert hinein – ich denke beispielsweise an die Franco-Zeit in Spanien – immer wieder auch zu unheiligen Allianzen mit autoritären Regimen gekommen ist.

Auch manche theologischen Erwägungen schürten Misstrauen gegen die Demokratie: Die Kirche, so die lange Zeit geltende Position, müsse sich an dem Willen Gottes und nicht an dem Willen einer demokratisch ermittelten Mehrheit orientieren. Es wurde der Verdacht geäußert, dass die Demokratie Individualismus und Relativismus Vorschub leiste, was die biblische bzw. die natürliche Ordnung der Dinge gefährden könnte.

Und machen wir uns nichts vor: Das sind nicht nur historische Anmerkungen. Solche Argumente werden von Christen bisweilen heute immer noch ins Feld geführt – und zwar gerade wenn es darum geht, gegen die Europäische Union Stimmung zu machen. Die beiden derzeit gegenüber Brüssel kritischsten Regierungen innerhalb der EU verstehen sich als besonders christlich. Das gilt für die Führungsfiguren der polnischen PiS-Partei, von denen die meisten praktizierende Katholiken sind, das gilt auch für Viktor Orban in Ungarn, der ein überzeugter Calvinist ist.

Auch im Kreis der Bischöfe in Europa gibt es ein breites Meinungsspektrum und viele Diskussionen, die wir immer wieder miteinander führen müssen. Auch deswegen sind unsere eigenen kirchlichen europäischen Vereinigungen, COMECE und CCEE, so wichtig: sie sind für uns Bischöfe Foren des Austauschs. Dort erleben wir im kirchlichen Kontext Meinungsverschiedenheiten und Diskussionen, die von denen im politischen Raum mitunter gar nicht so verschieden sind. Es gibt eben auch osteuropäische (und nicht nur osteuropäische) Bischöfe, die der Überzeugung sind, dass die europäische Asylpolitik mit ihrem Programm der großzügigen Aufnahme von Flüchtlingen aus überwiegend muslimischen Ländern die christliche Kultur Europas gefährde. Oder die beklagen, dass die EU-Politik des Gender-Mainstreaming das vermeintlich christliche Familienbild unterminiere.

Nun kann es gar nicht verwundern, dass es auch innerhalb der Weltkirche und der europäischen Kirche eine Pluralität der politischen Meinungen gibt. Es ist sogar erfreulich, dass das so ist. Aber eines sollten wir als Kirche aus unserer eigenen Geschichte doch gelernt haben: Es ist völlig falsch, sich aus kurzsichtigem politischem Opportunismus bei autoritären Kräften anzubiedern. Die katholische Kirche in Spanien leidet heute noch immer unter dem Vertrauensverlust, den sie durch ihre Nähe zum Franco-Regime erlitten hat. Heute besteht die Gefahr, dass sich der damals begangene Fehler in manchen Ländern wiederholt. Ganz offensichtlich ist das in Russland, wo sich die russisch-orthodoxe Kirche offenbar auf Gedeih und Verderb an das Putin-Regime ketten möchte. Aufgrund des Prinzips der Autokephalie ist im Bereich der Orthodoxie generell die Gefahr größer, dass sich eine Kirche den nationalistischen und autoritären Bestrebungen einer Regierung andient. Aber wenn wir beispielsweise nach Polen und Ungarn schauen, sehen wir auch hier beachtliche Kräfte in der Kirche, die die neo-autoritären Tendenzen der jeweiligen Regierungen unterstützen. Das universalkirchliche Prinzip des Katholizismus, das besonders durch den Papst verkörpert wird, sorgt allerdings dafür, dass solche Kräfte nicht so dominant werden können wie in mancher orthodoxen Kirche. Für die vielen Laien, Ordensleute, Priester und Bischöfe, die sich auch in Osteuropa beispielsweise für Flüchtlinge engagieren, ist Papst Franziskus mit seiner unmissverständlichen Haltung eine große Stütze.

Meine eigene Erfahrung aus Gesprächen mit vielen Christen ist allerdings die, dass sich mit der Nähe zu illiberalen, autoritären Tendenzen oft gar kein positives politisches Anliegen verbindet, sondern die dahinter stehende Motivation überwiegend negativer Natur ist. Dahinter steckt schlicht oft Angst: Angst vor gesellschaftlichen Umbrüchen, Angst vor einer Marginalisierung der Kirche, Angst vor Einwanderung, Angst vor dem Untergang des Abendlandes. Tatsächlich war auch schon im spanischen Bürgerkrieg Angst der hauptsächliche Antrieb dafür, dass sich die Kirche auf die Seite General Francos stellte, der sie vor den Angriffen der Republikaner schützen sollte. Und die Demoskopien sagen uns, dass Wähler populistischer und radikaler Parteien auch bei uns heute in Deutschland und Europa im Vergleich zu anderen Wählergruppen signifikant häufiger von Zukunftsängsten geplagt sind – und zwar nicht nur von konkreten und berechtigten Ängsten, etwa weil sie arbeitslos oder sozial marginalisiert wären, sondern auch von diffusen Ängsten.

Ich möchte das keinesfalls abtun. Angst ist eine Gefühlsregung, die zum Menschsein gehört. Und auch diffuse Ängste sind nicht unbedingt absurde Ängste. Solche Ängste sind auch zweifellos ein politischer Faktor; wir erleben das gerade in Deutschland im Zusammenhang mit

Ängsten, die durch schreckliche Gewalttaten hervorgerufen wurden, die von einzelnen Flüchtlingen begangen worden sind, wie zuletzt der furchtbare Mord an einem 14-jährigen Mädchen in Wiesbaden durch einen jungen Iraker. Es wäre völlig falsch, die dadurch hervorgerufenen Ängste nicht ernst zu nehmen. Am Beginn der modernen Staatlichkeit steht genau dieser Gedanke. Wenn Sie beispielsweise Thomas Hobbes nehmen, einen der ersten großen modernen Staatstheoretiker, dann haben die Bürger in dessen Staatskonzept keinerlei besondere Rechte, außer diesem einen Recht, angstfrei zu leben, weil der Staat sie vor der Gewalt durch ihre Mitmenschen zu schützen hat. Wenn sich unter den Menschen Ängste verbreiten, sollte das für die Politik ein Alarm- oder Warnzeichen sein.

Aber Angst ist deswegen noch kein guter politischer Ratgeber – im Gegenteil. Gute Politik erschöpft sich keineswegs darin, bloß auf Ängste zu reagieren. Und als innere Haltung von Christen taugen Angst und Verzagtheit überhaupt nicht. Papst Johannes XXIII. hat das in seiner Rede *Gaudet Mater Ecclesia* zur Eröffnung des Zweiten Vatikanischen Konzils am 11. Oktober 1962 einmal eindrücklich auf den Punkt gebracht, als er bekannte, wie traurig es ihn mache, zu sehen, dass manche den Kurs einer Öffnung der Kirche zur Welt nicht mitgehen und sich lieber weiter abschotten wollten. Ohne eine Spur von Häme sprach er von jenen Schwestern und Brüdern, „die zwar von religiösem Eifer brennen, aber nicht genügend Sinn für die rechte Beurteilung der Dinge noch ein kluges Urteil walten lassen. Sie meinen nämlich, in den heutigen Verhältnissen der menschlichen Gesellschaft nur Untergang und Unheil zu erkennen. Sie reden unablässig davon, dass unsere Zeit im Vergleich zur Vergangenheit dauernd zum Schlechteren abgeglitten sei. Sie benehmen sich so, als hätten sie nichts aus der Geschichte gelernt, die eine Lehrmeisterin des Lebens ist, und als sei in den Zeiten früherer Konzilien, was die christliche Lehre, die Sitten und die Freiheit der Kirche betrifft, alles sauber und recht, zugegangen. Wir aber sind völlig anderer Meinung als diese Unglückspropheten, die immer das Unheil voraussagen, als ob die Welt vor dem Untergange stünde. In der gegenwärtigen Entwicklung der menschlichen Ereignisse, durch welche die Menschheit in eine neue Ordnung einzutreten scheint, muss man viel eher einen verborgenen Plan der göttlichen Vorsehung anerkennen.“

Die programmatischen Worte von Papst Johannes XXIII. haben auch nach mehr als einem halben Jahrhundert nichts von ihrer Aktualität verloren, sowohl wenn es um unsere Debatten innerhalb der Kirche geht, als auch wenn es darum geht, wie Christen der Welt entgegentreten, die sich immer weiter dreht und in einem steten Wandel begriffen ist. Ich würde mir hier

wünschen, dass es die innere Haltung ist, mit der Christen sich in Europa und für Europa politisch engagieren. In einer Zeit, in der sich Angst und Verzagtheit breit machen, mögen Christen Zuversicht verbreiten. Nicht auf eine naive Art und Weise, sondern indem sie bereit sind, Veränderungen anzunehmen, die darin liegenden Chancen zu erkennen und alles dafür zu tun, um den Wandel positiv auf diese Chancen hin zu gestalten. In einer Zeit, in der die Herzen mancher Menschen enger werden und Zäune hochgezogen werden, mögen Christen für Solidarität und Offenheit eintreten. Aber auch das soll nicht naiv geschehen. Es ist unübersehbar, dass wir eine Debatte darüber brauchen, wie Solidarität und Offenheit Europas nach innen und nach außen hin heute aussehen können. Auf diese Debatte müssen wir uns einlassen. Diese Art der Auseinandersetzung ist Teil der Demokratie und dazu gehört es auch, dass wir das Gespräch und neue Wege der Verständigung mit Menschen suchen, die anderer Meinung sind als wir. Und „wir“ Christen sind in politischen Fragen doch auch nicht [immer] einer Meinung.

V.

Die beiden großen Streitpunkte in Europa sind heute die gemeinsame Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik einerseits, und die gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik, vor allem in der Währungsunion, andererseits. Viele Menschen, viele Christen, auch ich persönlich, haben ziemlich klare Vorstellungen davon, wie man auf diese beiden großen und – davon bin ich überzeugt – existentiellen Zukunftsfragen der Europäischen Union antworten sollte. Wir müssen dennoch zur Kenntnis nehmen, dass die Meinungen dabei sehr weit auseinander liegen. Der erste Schritt in einer Demokratie besteht immer darin, diese Pluralität der Meinungen anzunehmen und sich darauf einzulassen. Es kann deshalb nicht darum gehen, bestimmte Meinungen von vornherein auszugrenzen. Der Weg ist der des Dialogs und des Versuchs der Verständigung zwischen unterschiedlichen Meinungen. Das gehört nicht nur zur Demokratie, sondern ist integraler Bestandteil der Demokratie und der Moderne überhaupt. Es ist kein Zufall, dass jene Sozialtheorie, die genau das in den Mittelpunkt stellt, die Diskursphilosophie von Jürgen Habermas, die mit Abstand einflussreichste Theorie der Moderne und die einflussreichste politische Theorie ist, die ein Deutscher in den letzten 50 Jahren hervorgebracht hat. Und genau diesen mühsamen Weg des Dialogs, des Ausgleichs und der Verständigung zwischen unterschiedlichen Meinungen müssen wir in Deutschland und in Europa gehen, um die anstehenden Zukunftsfragen zu beantworten und zu meistern.

Ich weiß, dass das nicht einfach ist. Wenn ich einen Dialog mit allen fordere, sage ich doch nicht, dass für mich alle Meinungen gleichgültig sind. Auch mir fällt es nicht immer leicht, bei bestimmten Gesprächspartnern und ihren Positionen ruhig zu bleiben. Aber mich hat beeindruckt und zum Nachdenken gebracht, was Papst Franziskus vor seiner ersten Begegnung mit US-Präsident Donald Trump gesagt hat, dessen Abschottungspolitik gegenüber Migranten er zuvor in der Sache stark kritisiert hatte. Auf dem Rückflug von Fatima vor etwas mehr als einem Jahr sagte er zu Journalisten: „Ich beurteile eine Person nie, ohne ihr zuzuhören.“ Und: „Es gibt immer Türen, die nicht verschlossen sind. Man muss die Türen suchen, die wenigstens etwas offen sind, um einzutreten und über die gemeinsamen Dinge zu sprechen und voranzugehen. Schritt für Schritt. Der Friede ist ein Handwerk: Man macht ihn jeden Tag. Auch die Freundschaft unter Personen, das gegenseitige Kennenlernen, die Wertschätzung ist ein Handwerk: Man macht es jeden Tag. Die Achtung vor dem anderen, sagen, was man denkt, aber mit Respekt“².

Das ist meines Erachtens die richtige Haltung für unseren Umgang in Europa miteinander. Der Papst spricht hier über ein hehres Ideal, den Frieden. Aber er tut das in einer sehr nüchternen Weise, wenn er klarstellt: „Der Friede ist ein Handwerk.“ Von der europäischen Einigung wird oft als einem Friedensprojekt gesprochen, und das völlig zu Recht. Die Europäische Gemeinschaft ist 1957 auf den Trümmern errichtet worden, die zwei Weltkriege hinterlassen haben. Es ist ein Missverständnis, wenn wir heute, 60 Jahre später, meinen, diese Rede vom Friedensprojekt diene nur noch für Festansprachen. Sehen Sie sich die Konflikte zwischen den Schuldnerstaaten und den Gläubigerstaaten in der Eurokrise an! Ein Mitglied der neuen italienischen Regierung, Paolo Savona, pikanterweise der Minister für europäische Angelegenheiten, hat geschrieben: „Deutschland hat die Sicht bezüglich seiner Rolle in Europa nach dem Ende der Nazizeit nicht geändert – außer dass es seine Vormachtstellung nun nicht mehr militärisch durchzusetzen versucht.“ Oder sehen Sie sich den Konflikt an, der in dieser Woche zwischen Italien und Malta entbrannt ist um die Aufnahme eines Schiffes mit 629 Flüchtlingen an Bord. Das sind Konflikte, die jetzt schon den inneren Frieden in Europa gefährden. Das dürfen wir nicht zulassen. Es gibt keinen anderen Weg als den des Dialogs und der Verständigung.

² https://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2017/may/documents/papa-francesco_20170513_voloritorno-fatima.pdf

Natürlich gehören zu einem Dialog immer mindestens zwei Seiten. Auch das mag zwar eine banale Feststellung sein, aber in der Realität beginnt die Arbeit oft tatsächlich damit, alle Seiten zu einem wirklichen Dialog zu bewegen. Uns Kirchen wird bisweilen von bestimmten Kreisen vorgeworfen, wir würden uns dem Dialog verweigern. Ich für meinen Teil kann nur sagen: Ich habe mich noch nie einem Dialog verweigert. Ich erwarte nur, dass die beiden Bedingungen erfüllt sind, von denen Papst Franziskus spricht: gegenseitiger Respekt und die Bereitschaft, sich offen die Meinung zu sagen. Unter diesen Bedingungen bin ich bereit zum Dialog mit jedem. Aber ich bin nicht bereit, als Bischof meine Kirche als Podium für beliebige politische Ansichten oder gar Propaganda und Polemik zur Verfügung zu stellen. Wer mit mir in Dialog treten möchte, der muss schon auch ertragen können, dass ich meine Meinung dazu formuliere, welche politischen Positionen mit den christlichen Werten des Evangeliums vereinbar sind und welche nicht. Da ist nämlich zweierlei bedeutend: einerseits die Demokratie als Raum politischer Freiheit aller zu schätzen, andererseits sich aber dafür einzusetzen, dass fundamentale Werte, wie zum Beispiel das unbedingte Lebensrecht aller Menschen, auch der ungeborenen, oder die universale Menschenwürde, auch die von Flüchtlingen, in demokratischen politischen Entscheidungen ihren Ausdruck finden.

VI.

So komme ich am Schluss doch noch auf das fast unvermeidliche Böckenförde-Diktum vom Wagnis des freiheitlichen, säkularen Staates zu sprechen, der von Voraussetzungen lebe, die er selbst nicht garantieren könne. Ich möchte am Ende nicht diesen großen deutschen Staatsrechtler zitieren, sondern noch einmal auf den eingangs bereits genannten Papst Johannes Paul II. zurückkommen und aus dem zweiten Teil seiner in der Enzyklika *Centesimus annus* gemachten Anmerkung zur Demokratie zitieren: „Eine Demokratie ohne Werte verwandelt sich, wie die Geschichte beweist, leicht in einen offenen oder hinterhältigen Totalitarismus. Die Kirche verschließt auch nicht die Augen vor der Gefahr des Fanatismus oder Fundamentalismus derer, die glauben, im Namen einer angeblich wissenschaftlichen oder religiösen Ideologie den anderen Menschen ihre Auffassung von dem, was wahr und gut ist, aufzwingen zu können. Die *christliche Wahrheit* ist nicht von dieser Art. Der christliche Glaube, der keine Ideologie ist, maßt sich nicht an, die bunte sozio-politische Wirklichkeit in ein strenges Schema einzuzwängen. Er anerkennt, daß sich das Leben des Menschen in der Geschichte unter verschiedenen und nicht immer vollkommenen Bedingungen verwirklicht. Darum gehört zum Vorgehen der Kirche, die stets die transzendente Würde der Person beteuert, die Achtung der Freiheit. Aber die Freiheit erhält erst durch die Annahme der Wahrheit ihren vollen Wert.

In einer Welt ohne Wahrheit verliert die Freiheit ihre Grundlage, und der Mensch ist der Gewalt der Leidenschaften und offenen oder verborgenen Bedingtheiten ausgesetzt. Der Christ lebt die Freiheit (vgl. *Joh* 8, 31. 32) und dient ihr, indem er seinem Sendungsauftrag getreu die Wahrheit, die er erkannt hat, immer wieder anbietet. Im Dialog mit den anderen Menschen wird er jedem Beitrag an Wahrheit, dem er in der Lebensgeschichte und in der Kultur der einzelnen und der Nationen begegnet, Achtung zollen; er wird aber nicht darauf verzichten, all das zu vertreten, was ihn sein Glaube und der rechte Gebrauch der Vernunft gelehrt haben“ (CA 46).